

Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Zürich von T. Domej, A. Donatsch, U. Haas, I. Meier, F. Uhlmann

**Simone Zuberbühler**

**Geheimhaltungsinteressen und  
Weisungen der Strafbehörden an  
die Verfahrensbeteiligten über die  
Informationsweitergabe im  
ordentlichen Strafverfahren gegen  
Erwachsene**

# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis .....	XV
Materialienverzeichnis .....	XXIX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXI
Erster Teil: Einführung in die Thematik .....	1
§ 1. Ausgangslage .....	1
§ 2. Themeneingrenzung und Gang der Untersuchung .....	3
I. Themeneingrenzung .....	3
II. Gang der Untersuchung .....	4
§ 3. Terminologisches .....	5
I. Begriff der Weisung und Bezeichnung des Weisungsinhaltes .....	5
A. Begriff der Weisung .....	5
B. Bezeichnung des Weisungsinhaltes .....	5
II. Weitere Begriffe .....	6
A. Begriff der Information .....	6
B. Begriff der Verfahrensbeteiligten .....	7
§ 4. Anwendungsfälle aus der Gerichtspraxis .....	8
I. Strafbewehrtes Informationsverbot an die Adresse einer Bank .....	8
A. Sachverhalt und Verfahrensverlauf .....	9
B. Erwägungen des Bundesgerichts .....	9
C. Würdigung .....	10
II. Informationsverbot an die Adresse des im Rahmen eines zivilrechtlichen Mandates tätigen Rechtsanwaltes .....	12
A. Sachverhalt und Verfahrensverlauf .....	12
B. Erwägungen des Bundesgerichts .....	13
C. Würdigung .....	13
III. Informationsverbote an die Adresse des Strafverteidigers .....	15
A. Verbot der Informationsweitergabe an Dritte .....	15
1. Sachverhalte .....	15
2. Erwägungen .....	15
a. Anklagekammer des Kantons St. Gallen .....	15
b. Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte im Kanton Zürich .....	16
B. Schweigepflicht gegenüber dem Mandanten .....	17
1. Sachverhalt .....	17
2. Erwägungen der Anklagekammer .....	17
C. Würdigung .....	17
IV. Fazit .....	18
Zweiter Teil: Grundlagen .....	21
§ 1. Charakter, Wirkung und Rechtsnatur der strafbehördlichen Weisung zur Informationsweitergabe .....	21
I. Charakter und Wirkung .....	21
A. Eigenständige Geheimhaltungsmassnahme mit Verfügungscharakter .....	21
1. Eigenständigkeit der Massnahme .....	21
2. Verfügungscharakter .....	22
B. Grundrechtsbeschränkende Wirkung .....	23
1. Strafverfolgungsinteresse versus Freiheitsrechte der Verfügungsadressaten .....	24
a. Beeinträchtigung der geistigen Unversehrtheit und des Privatlebens .....	24
b. Beeinträchtigung der Kommunikationsfreiheit .....	26

c.	Beeinträchtigung der freien wirtschaftlichen Betätigung .....	29
aa.	Schutzbereich von Art. 27 BV .....	29
ab.	Denkbare Fälle von Beeinträchtigungen durch Mitteilungsverbote .....	30
d.	Fazit .....	34
2.	Privatinteressen versus Freiheitsrechte der Verfügungsadressaten .....	36
II.	Rechtsnatur .....	37
A.	Bundesgerichtliche Rechtsprechung .....	37
B.	Gesetzessystematik .....	38
C.	Begriff der strafprozessualen Zwangsmassnahme und Abgrenzung zu den sitzungspolizeilichen Massnahmen .....	39
1.	Begriff der strafprozessualen Zwangsmassnahme .....	39
2.	Abgrenzung zu den sitzungspolizeilichen Massnahmen .....	40
a.	Ziel und Adressaten der Sitzungspolizei .....	40
b.	Wesen der sitzungspolizeilichen Sanktion .....	41
c.	Abgrenzung zwischen sitzungspolizeilichen Massnahmen und Geheimhaltungspflicht .....	42
III.	Fazit .....	43
§ 2.	Grundsätze der Verfahrenseinleitung und Verfahrensdurchführung und Geheimhaltungsinteressen .....	43
I.	Vorbemerkungen zu den Prozessmaximen .....	43
II.	Einleitung des Verfahrens und Geheimhaltungsinteressen .....	45
A.	Pflicht zur Einleitung des Strafverfahrens .....	45
B.	Erfüllung des staatlichen Strafverfolgungsauftrages und Mitwirkungspflichten Privater .....	47
1.	Die Öffentlichkeit als unverzichtbarer Informant .....	47
2.	Verschwiegenheit als «Mitwirkungspflicht» Privater .....	47
a.	Erweiterung des Untersuchungsgeheimnisses .....	48
b.	Verstärkung des Geheimnisschutzes .....	50
III.	Durchführung des Verfahrens und Geheimhaltungsinteressen .....	53
A.	Pflicht zur Erforschung der materiellen Wahrheit .....	53
B.	Erreichung des Untersuchungszwecks .....	54
1.	Beweis- und Kooperationssicherung im Allgemeinen .....	54
2.	Zeugenschutz im Speziellen .....	56
a.	Bedeutung des Zeugenbeweises .....	56
b.	Begriff des Zeugenschutzes .....	57
c.	Gründe für den Zeugenschutz .....	58
d.	Gesetzliche Grundlagen in der StPO .....	60
e.	Beschränkung des Informationsanspruchs des Beschuldigten .....	62
f.	Zulässigkeit der Verwertung anonymer Zeugenaussagen nach geltendem Recht .....	64
3.	Schlussfolgerungen .....	68
a.	Notwendigkeit der Geheimhaltungsverpflichtung Dritter .....	68
b.	Geheimhaltungsverpflichtung im Rahmen des Zeugenschutzes .....	69
C.	Beschleunigte Verfahrenserledigung .....	69
1.	Grundsatz .....	69
2.	Beschleunigungsgebot und Befristung von Geheimhaltungspflichten .....	70
IV.	Rechtsstaatliche Grenzen der Durchsetzung von Geheimhaltungsinteressen ..	71
A.	Informationsfunktion der Anklage .....	71
B.	Nur beschränkt unmittelbare Beweiserhebung durch das Gericht .....	73

C.	Publikums- und Parteiöffentlichkeit von Verfahrenshandlungen .....	76
1.	Vorrang des Öffentlichkeitsprinzips .....	76
2.	Publikumsöffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen und Urteilsöffnungen .....	77
a.	Grundrechtlicher Anspruch auf Öffentlichkeit .....	77
b.	Ausgestaltung des Öffentlichkeitsprinzips gemäss StPO .....	79
c.	Anforderungen an einen Ausschluss der Öffentlichkeit .....	81
d.	Ersatz für eine physische Verhandlungsteilnahme .....	83
3.	Parteiöffentlichkeit von Beweiserhebungen.....	84
4.	Recht des Beschuldigten auf Teilnahme am gerichtlichen Haftverfahren.....	87
D.	Waffengleichheit .....	89
1.	Ausgangslage .....	89
a.	Dominanz der Staatsanwaltschaft in der Untersuchung .....	90
b.	Ausgleich des Informationsvorsprungs der Strafbehörden .....	91
2.	Vermittlung des Prozessstoffs und Möglichkeit der Kenntnismahme .....	93
a.	Akteneinsichtsrecht .....	93
aa.	Dokumentationspflicht als Voraussetzung der Akteneinsicht .....	93
ab.	Einsichtnahme in die Akten .....	96
b.	Konsequenzen für die Geheimhaltungspflichten .....	99
3.	Spezielle Informationsrechte des Beschuldigten .....	99
a.	Anspruch auf Mitteilung der Deliktswürfe.....	99
b.	Anspruch auf Belehrung über Beschuldigtenrechte .....	100
c.	Beschränkter Anspruch auf Orientierung über Zwangsmassnahmen .....	102
E.	Verteidigung .....	104
1.	Problem der Interessenkollision.....	104
2.	Wesen der Verteidigung.....	105
a.	Verteidigung im Allgemeinen .....	105
b.	Genügende Verteidigung .....	107
c.	Anspruch des Beschuldigten auf freien Verkehr mit dem Verteidiger .....	112
3.	Themenbezogene Beurteilung.....	114
a.	Zivil- und berufsrechtliche Treuepflicht.....	114
b.	Eingriff in die verfassungs- und konventionsrechtlich garantierten Ansprüche auf genügende formelle Verteidigung und freien Verteidigerverkehr.....	119
c.	Idee einer Kompensation von Verfahrensmängeln .....	123
d.	Fehlen der geforderten gesetzlichen Grundlage .....	127
4.	Exkurs: Diskussion im Zusammenhang mit der Regelung von § 147 StPO D .....	130
5.	Prüfungsergebnisse .....	134
V.	Fazit .....	135
Dritter Teil: Strafprozessual verfügte Informationsverbote.....		137
§ 1.	Rechtliche Grundlagen für die Verfügung von Informationsverboten .....	137
I.	Rechtsquellen.....	137
A.	Bundesrecht.....	137
B.	Kantonales Recht.....	137
C.	Überstaatliches Recht .....	138
II.	Rechtsslage vor Inkrafttreten der schweizerischen Strafprozessordnung .....	138
III.	Geltende Bestimmungen im Strafverfahrensrecht i.e.S. ....	141

A.	Allgemeine Regelung (Art. 73 Abs. 2 StPO) .....	141
1.	Umfang der Stillschweigeverpflichtung in sachlicher Hinsicht ....	141
2.	Persönlicher Geltungsbereich .....	142
a.	Unterschiedliche Behandlung der privaten Parteien .....	142
b.	Andere Verfahrensbeteiligte .....	143
aa.	Verfahrensbeteiligte gemäss Art. 105 Abs. 1 lit. a–e StPO .....	143
ab.	Verfahrensbetroffene Drittpersonen nach Art. 105 Abs. 1 lit. f StPO .....	144
c.	Rechtsbeistände .....	147
B.	Spezialbestimmungen .....	148
1.	Stillschweigeverpflichtung von Zeugen (Art. 165 StPO) .....	148
a.	Umfang der Stillschweigeverpflichtung in sachlicher Hinsicht .....	148
b.	Persönlicher Geltungsbereich der Bestimmung .....	148
2.	Geheimhaltungsmassnahmen im Zusammenhang mit der Überwachung von Bankbeziehungen (Art. 285 Abs. 1 lit. b StPO) .....	148
IV.	Exkurs: Regelungen ausserhalb des Strafverfahrensrechts i.e.S. ....	149
A.	Gesetzlich normierte Schweigepflicht des Finanzintermediärs .....	149
1.	Regelung gemäss GwG und Bezug zum Strafverfahrensrecht .....	149
2.	Spannung zwischen Vermögenssperre und Informationsverbot ...	151
3.	Konfliktlösung entsprechend der Empfehlung der KKJPD .....	152
B.	Stillschweigeverpflichtung des Inhabers von Schriftstücken nach IRSG .....	153
§ 2.	Kompetenz zur Verfügung von Informationsverboten .....	154
I.	Allgemeines zur Organisation der Strafbehörden .....	154
A.	Strafverfolgungsbehörden .....	154
1.	Polizei .....	155
2.	Staatsanwaltschaft .....	156
3.	Zusammenwirken entsprechend dem Aufbau des Vorverfahrens ..	157
B.	Zwangsmassnahmengericht .....	158
II.	Träger der Weisungsbefugnis .....	159
A.	Verfahrensleitung .....	159
B.	Einvernehmende Behörde .....	159
C.	Zwangsmassnahmengericht .....	161
§ 3.	Voraussetzungen der rechtmässigen Verfügung von Informationsverboten .....	162
I.	Anordnung durch die zuständige Strafbehörde .....	162
II.	Vorliegen eines hinreichenden Tatverdachts .....	163
III.	Anforderungen an einen Grundrechtseingriff .....	164
A.	Allgemeines .....	164
1.	Überprüfung der strafprozessgesetzlichen Grundlagen .....	164
2.	Anwendbarkeit von Art. 36 BV auf die Einschränkung von Verfahrensrechten .....	165
B.	Die einzelnen Voraussetzungen .....	165
1.	Wahrung der Kerngehalte .....	165
2.	Erfordernis der gesetzlichen Grundlage .....	166
3.	Vorliegen eines öffentlichen Interesses .....	168
4.	Verhältnismässigkeit der Massnahme .....	169
C.	Prüfungsergebnis .....	171
IV.	Weitere Anforderungen .....	172
A.	Begründung der Verfügung .....	172
B.	Formerfordernis .....	173
§ 4.	Zeitlicher Geltungsbereich von Informationsverboten .....	174

I.	Wirkung der formellen Untersuchungseröffnung .....	174
II.	Ende der Bindungswirkung.....	178
A.	Im Allgemeinen.....	178
B.	Bei Verfahrenseinstellung und Sistierung der Untersuchung.....	178
§ 5.	Rechtsmittel gegen behördlich verfügte Informationsverbote.....	180
I.	Kantonale Beschwerde .....	180
A.	Anfechtungsobjekt.....	180
1.	Anfechtbarkeit der Verfügungen i.S.v. Art. 73 Abs. 2 und Art. 165 Abs. 1 StPO.....	180
2.	Endgültigkeit der Verfügungen i.S.v. Art. 285 Abs. 1 lit. b StPO .....	181
B.	Legitimation .....	182
C.	Zuständigkeit, Kognition und Wirkung der Beschwerde .....	183
II.	Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht nach Art. 78 BGG.....	183
A.	Letztinstanzliche kantonale Entscheide als Anfechtungsobjekte .....	183
B.	Legitimation .....	184
C.	Eingeschränkte Kognition des Bundesgerichts .....	185
Vierter Teil: Durchsetzbarkeit der Informationsverbote und Folgen .....		187
§ 1.	Durchsetzbarkeit.....	187
I.	Ausschluss der Möglichkeit zur gewaltsamen Durchsetzung .....	187
II.	Verbindung der Verfügung mit Art. 292 StGB.....	188
A.	Vorbemerkungen.....	188
1.	Strafbarkeit der juristischen Person .....	188
2.	Verhältnis von Art. 292 StGB zu anderen Strafbestimmungen ....	190
B.	Voraussetzungen der Anwendung von Art. 292 StGB.....	190
1.	Tatbestandsmerkmale.....	190
2.	Beschränkte Überprüfung der Verfügung durch den Strafrichter.....	192
3.	Sperrwirkung von «ne bis in idem» .....	193
4.	Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit.....	193
III.	Hinweis auf denkbare (weitere) strafrechtliche Konsequenzen .....	196
A.	Strafbare Veröffentlichung von «Geheimnissen» (Art. 293 StGB).....	196
1.	Objektiver Tatbestand .....	196
2.	Subjektiver Tatbestand.....	197
3.	Ausschluss rechtmässiger Handlungen .....	197
B.	Strafbarkeit wegen Begünstigung (Art. 305 Abs. 1 StGB).....	198
1.	Objektiver Tatbestand .....	198
2.	Subjektiver Tatbestand.....	199
3.	Privilegierung nach Abs. 2.....	201
C.	Strafbare Beihilfe zu Geldwäscherei (Art. 25 i.V.m. Art. 305 <sup>bis</sup> Ziff. 1 StGB).....	201
1.	Objektiver Tatbestand .....	201
2.	Subjektiver Tatbestand.....	203
§ 2.	Negative wirtschaftliche Folgen weisungsgetreuen Verhaltens .....	204
I.	Ausgangslage.....	204
II.	Anspruch auf Schadenersatz und Genugtuung gemäss StPO .....	205
§ 3.	Fazit .....	208
Fünfter Teil: Zusammenfassung.....		211